

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Jelzin entliess Finanzminister

(spk) Der russische Präsident Boris Jelzin hat seinen Finanzminister Wassili Bartschuk entlassen. Dies meldete ITAR-TASS unter Berufung auf Regierungskreise. Der bereits für die Wirtschaftsreformen im Kabinett zuständige Vizeregierungschef Boris Fjodorow sei zum Finanzminister ernannt worden. Über die Gründe für die Ablösung Bartschuks hiess es lediglich, er werde eine andere Arbeit übernehmen.

Krieg geht weiter

Der liberianische Rebellenchef Charles Taylor will trotz seiner militärischen Rückschläge den Krieg gegen die westafrikanischen Friedensstruppen (ECOMOG) fortsetzen. Ein Waffenstillstand oder Verhandlungen mit der ECOMOG-Führung kämen für ihn nicht in Frage, sagte der Chef der Nationalpatriotischen Front (NPFL) dem französischen Auslandssender RFI.

Ausgangssperre in Togo

Nach dem gescheiterten Umsturzversuch in Togo hat die Regierung eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Die Grenzen zu den Nachbarländern blieben weiterhin geschlossen, meldete der französische Auslandssender RFI am Freitag aus Lomé.

Fürst Hans-Adam II. dankt der Schweiz für Zusammenarbeit

Schreiben an Bundespräsident Adolf Ogi aus Anlass des 70jährigen Bestehens des Zollvertrages zwischen der Schweiz und Liechtenstein

Vor 70 Jahren wurde der Zollvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein abgeschlossen. Aus diesem Anlass richtete Fürst Hans-Adam II. ein Dankeschreiben an den schweizerischen Bundespräsidenten Adolf Ogi, in dem er auch festhält, dass die guten Beziehungen zur Schweiz aufrechterhalten werden sollen. Das offizielle Schreiben wurde am Freitag in Bern dem Bundespräsidenten überreicht. Nachstehend der Wortlaut des Briefes von Fürst Hans-Adam II.



Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Am 29. März jährt sich zum siebenzigsten Male die Unterzeichnung des Zollvertrages zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein. Dieser Zollvertrag wurde ein Eckpfeiler unserer zwischenstaatlichen Beziehungen und beeinflusste massgeblich die rasche Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft.

Das Jubiläum ist mir daher willkommen Anlass, dem Bundesrat und dem ganzen Schweizer Volk die tiefempfundene Dankbarkeit für die ver-

ständnisvolle Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Dank verbinde ich meinen Wunsch, dass das besondere bilaterale Verhältnis weiterhin eine so freund-

schaftliche und fruchtbringende Ausdrucksweise findet.

Vieles, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, hat sich im Verlaufe dieser siebenzig Jahre verändert. Seit wenigen

Jahren erlebt Europa aber einen dramatischen Umwandlungsprozess, der unsere Länder vor neue Herausforderungen stellt und daher vermehrt nach entsprechenden Anpassungen im zwischenstaatlichen Vertragsverhältnis verlangt. Die Diskussion über der Europäischen Wirtschaftsraum in unseren beiden Ländern und die unterschiedlichen Volksabstimmungen dazu sind ein Beispiel dafür. Ich bin aber zuversichtlich, dass trotz dieser Änderungen die tiefverankerte und fruchtbare Zusammenarbeit erhalten und den neuen europäischen Gegebenheiten angepasst werden kann. Meine Zielsetzung ist es, diese unsere besonderen Beziehungen zur Schweiz, in einer neuen europäischen Ära zu erhalten und zu entwickeln.

Mit dem Ausdruck meiner Dankbarkeit verbinde ich, sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine herzlichsten Segenswünsche für das Wohlergehen ihrer Person, des Bundesrates sowie des gesamten Schweizer Volkes und versichere Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Adam II.
Fürst von Liechtenstein

Ist die «aktive Friedenspolitik» unseres Landes eingeschlafen?

Vor zehn Jahren wurde eine Petition für eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik eingereicht – Wenige Ergebnisse wurden sichtbar

(G.M.) – Die über 1300 Unterschriften-Briefe, die Claudia Fritsche, die Ständige Vertreterin des Fürstentums Liechtenstein bei den Vereinten Nationen, vor wenigen Tagen entgegennehmen konnte, geben einen deutlichen Hinweis darauf, dass den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes das Kriegsgeschehen und die Greuelthaten im ehemaligen Jugoslawien nicht gleichgültig sind. Schon vor zehn Jahren reichten besorgte Einwohnerinnen und Einwohner eine Petition im Landtag ein, mit der sie eine «aktive Friedens- und Entspannungspolitik» von der Regierung verlangten. Was ist zwischen diesen beiden Ereignissen geschehen?

Mit einer Lichterkerze versuchten am internationalen Frauentag viele Frauen auf die Vergewaltigungen und Kriegsgreuel im ehemaligen Jugoslawien aufmerksam zu machen. Die Aktion «Wir haben eine Stimme» forderte zur Unterschrift auf, damit die Ständige Vertreterin des Fürstentums Liechtenstein bei den Vereinten Nationen, Claudia Fritsche, am UNO-Hauptsitz diese liechtensteinischen Unterzeichnungen deponieren könne. Bei der Entgegennahme versicherte die UNO-Botschafterin, dass auch Liechtenstein als ein kleines Land eine Stimme wie jedes andere UNO-

Mitglied habe und sich frei äussern könne. Allerdings machte sie auch darauf aufmerksam, dass die Druckmöglichkeiten Liechtensteins angesichts seiner Kleinheit doch bescheiden seien, um auf die Bürgerkriegsparteien Einfluss nehmen zu können.

Selbstbestimmungsrecht der Völker

Beinahe zur gleichen Zeit, als diese Unterschriften der UNO-Botschafterin übergeben wurden, begann im Schaaner Rathausaal die Expertenkonferenz der Vereinten Nationen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Idee von Fürst Hans-Adam II. über verschiedene Stufen, die zu durchlaufen wären, um einer Region oder einer Bevölkerungsgruppe zur Selbständigkeit auf friedlichem Weg zu verhelfen, wurde von zahlreichen Experten erörtert, so dass möglicherweise der UNO-Generalversammlung im kommenden Herbst ein Antrag unterbreitet werden kann. Die Zustände im ehemaligen Jugoslawien spielten, wie Fürst Hans-Adam II. an einer Pressekonferenz bestätigte, bei der Expertenkonferenz eine grosse Rolle, da die Autonomiebestrebungen gerade dieser Völker nicht auf friedlichem Weg verwirklicht werden können. Der Liechtenstein-Vorschlag jedoch sieht vor, dass Richtlinien in Form einer Selbstbestimmungskonvention geschaffen werden, um kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern.

Aktive Friedenspolitik

Beinahe ein Jahrzehnt ruhte im Fürstentum Liechtenstein, abgesehen von Erklärungen im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die «aktive Friedenspolitik», wie sie 1983 von einer Gruppe mit einer Petition an den Landtag gefordert worden ist. «Wir verlangen, dass Landtag und Regierung eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik betreiben», forderten die Urheber der Petition und wiesen insbesondere auf das «Einstehen für die Menschenrechte in allen Staaten», auf die Chancen eines «aktiven Beitrags Liechtensteins zur Verständigung der Völker» sowie auf die «Neutralität als Prinzip der liechtensteinischen Aussenpolitik, ausgehend von einer aktiven Solidarität» hin. Ein Jahr danach lag ein Bericht der Regierung vor, der aber inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten ist, nachdem sich die

Regierung damals hütete, über allgemeine Feststellungen hinaus konkrete Vorschläge einer liechtensteinischen Friedenspolitik zu unterbreiten.

Schaffung einer internationalen Friedensordnung

Zu einer Zeit, als der Ost-West-Konflikt noch in voller Blüte stand und der Entspannungspolitik die gewichtigste Rolle in den gegenseitigen Beziehungen der Staaten mit unterschiedlichen Systemen zukam, formulierte die liechtensteinische Regierung ihre Vorstellungen: «In der Aussenpolitik Liechtensteins im Bereich Friedenspolitik stehen die Achtung völkerrechtlicher Grundsätze, die Pflege guter zwischenstaatlicher Beziehungen, die Achtung der Menschenrechte, die Zusammenarbeit im multilateralen Rahmen und die Zugehörigkeit zu internationalen Verträgen, die dieser Zielsetzung, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der Bekämpfung des Terrorismus dienen, im Vordergrund.» Gleichzeitig warnte die Regierung jedoch vor allzu grossen Hoffnungen auf diesem Gebiete. «Unrealistische friedenspolitische Initiativen und entsprechende aussenpolitische Betriebsamkeit würden zu Lasten der Glaubwürdigkeit gehen und damit schlussendlich nicht nur nach aussen hin wenig zielführend sein», machte die Regierung geltend, «sondern auch den Interessen Liechtensteins zuwiderlaufen.»

Interessen Liechtensteins?

Konkrete Hinweise, in welchen Bereichen die «Interessen Liechtensteins» liegen würden, waren in diesem Bericht allerdings nicht vorhanden. Kritik musste die Regierung in diesem Zusammenhang im Landtag hinnehmen, wo Stimmen laut wurden über «eine verpasste Chance» und darüber, dass sich die Regierung lediglich begnügt habe, «bekannte Positionen zur Aussenpolitik zu wiederholen». Der FBP-Abgeordnete Noldi Frommelt meinte bei der Debatte über diesen Bericht für seine Fraktion: «Unseres Erachtens hätte die Friedenspetition ein Anlass sein können, um einerseits einige Grundsätze der liechtensteinischen Aussenpolitik zu formulieren und andererseits über einige Probleme der liechtensteinischen Innenpolitik nachzudenken.» Weder das eine noch das andere wurde in der Zwischenzeit gemacht. Auch sind die formulierten Zielsetzungen nach den Umwandlungen im Osten Europas und in der Sowjetunion sowie nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation nicht der neuen Situation angepasst worden. Allerdings ergeben sich mit der Unterschriften-Sammlung zugunsten der Kriegssopfer im ehemaligen Jugoslawien und mit der Initiative von Fürst Hans-Adam II. zur Schaffung einer UNO-Konvention über das Selbstbestimmungsrecht der Völker neue Perspektiven, die zur Neuformulierung der liechtensteinischen Friedenspolitik genutzt werden könnten.

Umstellung auf Sommerzeit

Bern (AP) In der Schweiz müssen die Uhren in der Nacht auf Sonntag ein weiteres Mal auf Sommerzeit umgestellt werden. Wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mitteilte, erfolgt der Wechsel um 02.00 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt müssen die Uhren um eine Stunde auf 03.00 Uhr vorgestellt werden.

Die diesjährige Sommerzeitregelung wird von sämtlichen europäischen Ländern eingehalten, wie das EJPD schreibt. Sie endet am 26. September.



Am Sonntag um 2.00 Uhr werden die Zeitmesser um eine Stunde auf 3.00 Uhr vorgestellt.

LIEBE GEHT
LIEBE KOMMT
LIEBE BLEIBT

huber
Schulhausstrasse 10
9494 Schaan

Umweltverbände gegen Rechtsabbau

Verbände sind zur Sündenbockrolle nicht bereit

Bern (AP) Die grossen Umweltverbände wollen sich notfalls mit einem Referendum gegen einen Abbau ihrer Rechtsmittel wehren. Eine Deregulierung auf Kosten der Umwelt stelle eine «verlogene und dumme Politik» dar, kritisierten sie am Freitag eine Straffung der Baubewilligungsverfahren und die Durchsetzung von Lenkungsabgaben. Der seit der Verwerfung des EWR immer lauter werdende Ruf nach Deregulierung geht nach Einschätzung der sechs führenden Verbände einseitig zu Lasten der Umwelt. Gemäss Ueli Halder, Geschäftsführer beim WWF Schweiz, sind die Umwelt-

verbände aber zur Rolle als billige Sündenböcke nicht bereit. Es sei perfid zu behaupten, die Umweltorganisationen hätten mit einer exzessiven Ausschöpfung von Einsprachemöglichkeiten die Bahn 2000 verzögert und verteuert. Ausschlaggebend seien allein mangelhafte Rechtsverfahren und eine schludrige Planung, sagte Halder an die Adresse des Departementes Ogi. Josef Rohrer vom Schweizerischen Bund für Naturschutz (SBN) wies darauf hin, ein frühzeitiger Einbezug aller interessierten Organisationen und ein Einschwenken auf die Variante «Nord» bei der Bahn 2000-Strecke Mattstetten-Rothrist hätten Geld und Zeit gespart.

REFIDAR

statt
Rezession

Vaduz - Tel. 232 93 44